

Kommt jetzt das 49-Euro-Ticket?

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR - Bund und Länder beraten in Bremerhaven über Finanzierung



Proteste bei der Verkehrsministerkonferenz: VMK-Vorsitzende Maike Schaefer (Grüne) bekommt von den Aktivisten ein Plakat überreicht. dpa-BILD: Schuldts

Lukas Müller

BREMERHAVEN/BERLIN. Am ersten Tag der Verkehrsministerkonferenz in Bremerhaven hat sich bislang nicht geklärt, ob und wann es eine Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket geben wird. Im Vorfeld hatte sich Zuspruch für einen möglichen 49-Euro-Fahrschein abgezeichnet. Die Vorsitzende der VMK, Bremens Senatorin Maike Schaefer (Grüne), sagte, mehrheitlich hätten sich die Länder vorab in einer Arbeitsgruppe für ein solches Ticket ausgesprochen. Auch Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) sagte, eine Fahrkarte für 49 Euro sei sein Wunsch.

Das Eckpunktepapier

In einem Eckpunktepapier einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe heißt es, das Ticket solle zum Start für den Preis von 49 Euro im Jahresabo erhältlich sein. Das Ticket solle bundesweit gültig sein. Es solle sowohl digital als auch analog angeboten werden und personalisiert, also nicht übertragbar sein. Die Mitnahme von Kindern bis sechs Jahren solle kostenlos sein.

Die Alternative zu diesem 49-Euro-Fahrschein ist dem Eckpunktepapier zufolge ein Ticket, für das Studenten, Schüler sowie einkommensschwache Menschen 29 Euro zahlen sollen. Für alle anderen soll es 69 Euro kosten.

Der Geldstreit

Bevor es zu einer Nachfolge des 9-Euro-Tickets kommen kann, müssen sich Bund und Länder bei der Bezahlung einigen. Die Länder wollen generell mehr Geld vom Bund zur Finanzierung des Nahverkehrs. Mitte September hatten sie beschlossen, erst über eine Nachfolgeregelung zu entscheiden, wenn der Bund mit einem Angebot auf ihre Forderungen eingeht.

Die Länder wollen eine Erhöhung der sogenannten Regionalisierungsmittel um 1,5 Milliarden Euro von diesem Jahr an. Mit diesem Geld vom Bund bestellen die Länder Bahn- und Busverkehre bei den Verkehrsanbietern. Zusätzlich soll der Bund die Mittel 2022 und 2023 aufgrund der gestiegenen Energiepreise jeweils um 1,65 Milliarden Euro erhöhen. Am Mittwoch erneuerten Politiker der Länder parteiübergreifend die Forderungen nach mehr Geld.

Die Ampel-Koalition hatte sich bislang bereiterklärt, für ein dauerhaftes bundesweites Nahverkehrsticket jährlich 1,5 Milliarden Euro extra zu geben, wenn die Länder mindestens den gleichen Betrag beisteuern. Regulär kommen aus Berlin in diesem Jahr Regionalisierungsmittel von 9,4 Milliarden Euro, dazu noch eine Milliarde Euro aus einem anderen Topf.

Der Klimaprotest

Während der Verkehrsministerkonferenz demonstrierten Aktivisten vor dem Veranstaltungsort in Bremerhaven gegen den Weiterbau der Autobahn 20. Auf Plakaten waren Slogans zu sehen wie „Keine neuen Autobahnen“ und „Klima retten“.